

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 74.

Mittwoch, 26. Juni.

1878.

Parteienoffen! Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Den Verleumdern!

Kaum hatte der Pulverdampf aus Nobiling's Schrotbüchse sich zerstreut, so blühte der Telegraph durch die Welt: „Nobiling ist Sozialdemokrat.“ Und 8 Tage lang folgten Schlag auf Schlag Sensationsnachrichten, die sämtlich den einen Zweck hatten: die Zusammengehörigkeit Nobiling's mit der Sozialdemokratie zu beweisen.

Die Wirkungen sind bekannt. Eine furchtbare Aufregung bemächtigte sich aller Volksschichten, einer großen Partei wurde das Brandmal des Meuchelmords auf die Stirn gedrückt, ein förmliches Schreckenssystem mit Lynchjustiz proklamirt, die rohsten Leidenschaften entseelt, Deutschland an den Rand des Bürgerkriegs gebracht.

Und inmitten des Deliriums Auflösung des Reichstags, Appell ans Volk, das der Regierung die nötigen Vollmachten zur Vernichtung der Sozialdemokratie erteilen soll!

Wenige Wochen sind seitdem verstrichen, die Geister haben sich einigermaßen beruhigt und wir sind im Stande, die Situation zu überblicken.

Und was stellt sich heraus?

Die Behauptung, Nobiling sei Sozialdemokrat, ist eine Lüge. Alles, was über die Zusammengehörigkeit Nobiling's mit der Sozialdemokratie geschrieben wurde, ist Lüge; das angebliche Complot — Lüge. Kurz, die ganze Unterlage, auf welche die Achterklärung gegen die Sozialdemokratie, die Auflösung des Reichstags, das wahnwitzige Geheze der „Attentatwochen“ sich gründete, war Schwindel und Verleumdung — wie heute auch der Blödsinn einfließt, ein insames Wahlmanöver der reaktionären Cliquen.

Obgleich es nun aber feststeht, und selbst von amtlicher Seite hat zugestanden werden müssen, daß die mit Bezug auf das Nobiling-Attentat gegen unsere Partei erhobene Anklage durch nichts unterjügt wird und den Resultaten der gerichtlichen Untersuchung schnurstracks zuwiderläuft, wird unsere Partei dennoch nach wie vor von den Parteien der herrschenden Klasse mit den Attentaten in Verbindung gebracht und verleert.

Das widerspricht jeder Logik, widerspricht dem gesunden Menschenverstand und verrätth entweder absolute Denkfähigkeit oder niederträchtige Gemeinheit.

Nachdem es erwiesen war, daß die Sozialdemokratie das Opfer einer schurkischen Verleumdung und eines demagogischen Complots gewesen, hatte jeder ehrliche Mann, der in die Verleumdung eingestimmt hatte, die Pflicht, uns Abbitte zu leisten.

Das ist nicht geschehen. Statt es zu thun, setzt man die Verleumdung in anderer Form fort und sagt nur: „Ja, es ist wahr, Eure Mitschuld an den Attentaten konnte juristisch nicht erwiesen werden, aber das könnt Ihr nicht leugnen, daß die beiden Verbrecher, jedenfalls das Nobiling'sche, „aus dem sozialdemokratischen Ideenkreise heraus“ begangen worden sind.“

Kann man sich einen elenderen Jesuitismus denken? Diese indirekte Verleumdung ist um kein Haar breiter als die direkte. Ja, sie ist schlimmer, weil bei kaltem Blut gemacht!

Der leider nicht entdeckte moralische Meuchelmörder, welcher, noch ehe über die Motive und das Wesen der That Nobiling's das Geringste ermittelt war, Nobiling zum Sozialdemokraten stempelte und „der Sozialdemokratie“ anhängte, war ein ebenso großer Verbrecher, wie der, gleichfalls leider nicht entdeckte Urheber der gefälschten Emser Depesche; allein die Parteien, Zeitungen und Personen, die uns so schände verunglimpften, sie waren die Dupes (Genasführten) dieses „namenlosen Verbrechens“. Mit der Duperie (dem Nasführen) ist's heute aber zu Ende. Heute weiß Jeder, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, daß an der Sozialdemokratie ein furchtbares Attentat verübt worden ist, und daß die Sozialdemokratie an den Kaiser-Attentaten so unschuldig ist wie jede andere Partei. Ja, unschuldiger. Oder vielmehr allein unschuldig.

Wir wollen hier nicht auf Prinzipien eingehen, nicht das Werwerliche der Anklage indirekter Schuld des Näheren darlegen — wir wollen uns damit begnügen, unsere Verleumder an einige Thatfachen zu erinnern und einige Fragen an sie zu richten.

Also, „aus unserem Ideenkreis“ sind die Attentate hervorgegangen? In wie fern? „Die Sozialdemokratie, so lautet die Antwort, verdirbt den Geister, gewöhnt die Menschen an Gewaltthat, zerstört den Glauben an die Autorität.“

Gut — wir halten Euch an der Antwort fest. Wir geben zu, daß eine Partei, welche die Geister verdirbt, die Menschen an Gewaltthat gewöhnt, den Glauben an die Autorität zerstört, indirekt an den Attentaten schuldig ist.

Doch wer ist diese Partei? Die Sozialdemokratie? An Verrohung, Verwilderung, Untergrabung der Autorität hat es seit anderthalb Jahrzehnten in Deutschland sicherlich nicht gefehlt, doch was kann die Sozialdemokratie dafür? Sie war die einzige Partei, welche das Uebel constatirte und Heilung verlangte.

Und wer waren die Urheber des Übels? Bekanntlich verroht nichts so sehr ein Volk, als häufige Wiederkehr von Kriegen. Sogar Staatsanwälte haben dies ausgesprochen und die Statistik hat es durch erschreckende Zahlen bewiesen.

Wohlan: seit 1864 hat Deutschland drei Kriege gehabt, der Grenz des türkisch-russischen Krieges nicht zu erwähnen, an dem wir allerdings nicht mittelbar beteiligt waren, dessen beispiellose Blutscenen uns aber vorgeführt worden sind, als ob sie in unserem eigenen Land vorgekommen wären?

Wer hat diese Kriege verschuldet? Etwa die Sozialdemokratie? Nicht einmal Herr Professor Biedermann wird es behaupten. Wir sagen nicht, wer es war. Genug: wer diese Kriege verschuldet und ihnen zugejuchzt hat, der nehme den Nobiling auf die Schultern.

Im Jahre 1866 wurde in Deutschland ein König von Gottesgnaden sammt zwei anderen Gesalbten des Herrn aus dem Lande gejagt, der deutsche Bund, das heißt die Verfassung Deutschlands, in Trümmer geschlagen, der Hoch- und Landesverrath zur Loyalität, die Loyalität zum Hoch- und Landesverrath gekempft, dem Autoritätsglauben einen wahrhaft vernichtenden Schlag versetzt. Von Sozialdemokraten? Niemand wird es zu behaupten wagen. Wir sagen nicht von wem. Genug, wer es gethan, und wer applaudirt hat, der nehme den Nobiling auf die Schultern.

Seit anderthalb Jahrzehnten wird in Deutschland die Nichtachtung des Menschenlebens gepredigt, der Rassenodischlag als höchste Culturleistung gepriesen, die Nothheit in jeder Form verherrlicht, zur „Ausrottung“, „Vertilgung“ der politischen Gegner aufgefördert (man lese die Zeitungen der Attentatwochen durch!), kurz, der niederste Gewaltkultus gepflegt — von Sozialdemokraten? Mit Nichten! Wir sagen nicht von wem. Genug: wer es gethan hat und that, der nehme seinen Nobiling auf die Schultern.

Und wenn dies geschieht und unsere Feinde nach der Logik ihrer Anklage gegen uns behandelt werden, dann haben sie sämtlich ihren Nobiling auf den Schultern; Nobilingfrei ist bloß die Sozialdemokratie. Und darum geht sie frischen Muths und guten Gewissens in den Wahlkampf. Wir haben nicht nöthig, zu lägen und zu verleumden; wir haben nicht nöthig, zu hehen und an die brutalen Leidenschaften zu appelliren. Unsere Ziele haben das Tageslicht nicht zu scheuen und unsere Sache ist nicht bankrott, so daß sie zu den unehrlichsten Mitteln greifen müßte, um einen Wahlerfolg zu erschießen oder zu erpressen.

Was wir wollen — wir bekennen es offen und ohne Rückhalt.

Wir machen keine betrügerischen Versprechungen und haben keine andere Waffen als die der Wahrheit und der Ueberzeugung. Mit diesen Waffen werden wir den Sieg erringen.

Wir täuschen uns nicht über die Schwierigkeiten des heurigen Wahlkampfes.

Niemals ist unsere Partei so verfolgt worden; durch Massenprozesse und Massenverhaftungen sucht man uns an Händen und Füßen zu knebeln. Es wird nicht gelingen.

Unsere Feinde, die ihre eigene Thorheit uns zutrauend, die Existenz der Partei mit der Existenz einiger Personen identisch glauben, werden entdecken, daß die Partei in allen und jedem Parteienoffen lebt, und daß die Armee der Parteienoffen durch die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Zustände unablässig und zwar in wachsender Progression verhärtet wird, also ein „Ausrotten“ kindisches Unterfangen ist.

Wögen die Reihn unserer „Führer“ und „Agitatoren“ noch so sehr geliebt werden, — jeder einzelne Parteienoffe ist in dieser Zeit des Wahlkampfes ein Kämpfer; Jörn und Entrennung ob der erlittenen Unbilben werden, verbunden mit Pflichtgefühl und dem altbewährten Opfermuth, die Kräfte des Einfachsten verzehnfachen. Unsere Feinde sollen erfahren, welch schweren Fehler sie begangen haben, indem sie eine Million deutscher Männer zu Meuchelmördern stempelten und jeden Einzelnen von uns persönlich beschimpften.

Die Antwort auf diesen Schimpf geben wir am 30. Juli.

Unser Schlachtrauf ist diesmal: Nieder mit den Verleumdern!

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Die betreffenden Behörden in Preußen erlassen folgende Bekanntmachung:

„Auf Grund der Bestimmungen der §§ 8 und 15 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetz S. 145) und des § 2 des dazu ergangenen Reglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt S. 275) setze ich den Tag, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu den durch die kaiserliche Verordnung vom 11. Juni d. J. angeordneten Reichstagswahlen zu beginnen hat, auf den 2. Juli d. J. hierdurch fest.“

Der § 8 des Reichswahlgesetzes lautet:

„In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen sind. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.“

Danach ist es notwendig, daß jeder Einzelne, sobald die Wählerliste ausliegt, Einsicht von derselben nimmt und sich davon überzeugt, daß sein Name in derselben verzeichnet steht. § 3 des Wahlreglements lautet:

„Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann

dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der gemäß § 2 des Reglements bekannt gemachten Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben dazu ernannten Commissar oder der dazu niedergelegten schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, und muß die Beweismittel für die Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen. Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch die zuständigen Behörden. Sie muß längstens innerhalb drei Wochen, vom Beginne der Auslegung der Wählerliste an gerechnet, erfolgt und durch Vermittelung des Gemeindevorstandes den Beteiligten bekannt gemacht sein.“

Es walten noch allerlei Zweifel darüber, ob Jemand, der augenblicklich noch nicht das 25. Lebensjahr voll erfüllt hat, der aber dasselbe noch vor dem 30. Juli, dem Wahltag, zurückerlegt, berechtigt sei, an der Wahl Theil zu nehmen und sich zu diesem Behufe in die in den Häusern vertheilten Listen einzutragen. Die Sache liegt nun so, daß die Wählerlisten am 2. Juli auf acht Tage lang öffentlich ausgelegt werden. Nach den acht Tagen beginnt eine Frist von 14 Tagen, innerhalb deren Reklamationen wegen Nichteintragung ic. angebracht werden können. Am 22. Juli wird die Liste definitiv geschlossen. Wer bis dahin 25 Jahre alt geworden, wird auf alle Fälle in die Wählerliste aufgenommen werden müssen. —

Um den vielen Beeinflussungen und Rohheiten unserer Gegner zu entgegen, empfehlen wir unseren Parteienoffen die aufmerksame Beobachtung des nachstehenden § 117 des Reichsstrafgesetzes, der also lautet:

„Wer einen Deutschen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Nochmals theilen wir hier den § 17 des Reichswahlgesetzes mit:

„Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlanglegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet Versammlungen zu veranstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt.“

Hiernach hat also keine Behörde das Recht, Versammlungen zum Zwecke der Besprechung von Wahlanglegenheiten oder die solche Zwecke verfolgenden Vereine zu verbieten. Wo dies dennoch geschieht, verlegen die Behörden das Gesetz, welches sie zu schützen verpflichtet sind.

Nur müssen die Versammlungen angemeldet werden, und es haben die Behörden das Recht, die Versammlungen zu überwachen. Im Uebrigen gelten die Bestimmungen der Landesgesetze für solche Wahlversammlungen nicht.

Der preussische Minister des Innern hat an alle Regierungsbehörden folgenden Erlaß gerichtet:

„Berlin, 1. Juni.

Bereits in dem Circular-Erlasse vom 15. Juli 1876 ist darauf hingewiesen worden, daß den Ausschreitungen der Sozialdemokratie gegenüber die Vorschriften des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 consequent und mit vollem Nachdruck in Anwendung zu bringen seien. Inzwischen haben die verderblichen Lehren und Tendenzen der Sozialdemokratie sich immer mehr verbreitet und sind in Kreise gedrungen, welche für dieselben früher unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation in der Presse, in Vereinen und in Versammlungen wird von Tag zu Tag heftiger und dreister und droht, die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, die Liebe zu König und Vaterland und die Grundlage der Gesittung, der Religion, zu untergraben. Durch unablässige Angriffe auf die bestehende Eigentumsordnung, auf die Gesellschaft und die bestehenden Klassen werden die Rechtsbegriffe verwirrt, Unzufriedenheit und Beunruhigung in immer weitere Kreise getragen und eine gedeihliche Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht am wenigsten zum Nachtheile der arbeitenden Klassen, beeinträchtigt. Es ist Pflicht, derartigen Agitationen entschieden entgegenzutreten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der durch die Gesetze gezogenen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen, Gebrauch zu machen.

Der Minister des Innern, gez. Graf zu Eulenburg.“

Wir wollen hier gegen den obigen Erlaß nicht polemisiren — wir machen unsere Genossen nur darauf aufmerksam, daß die Behörden „zur sorgfältigen Einhaltung der durch die Gesetze gezogenen Schranken“ angehalten werden. Bis jetzt scheinen die Behörden dieselben vielfach überschritten zu haben, deshalb die ministerielle Ermahnung. Unsere Parteienoffen müssen selbst sich innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegen, dann aber auch strenge darauf achten, ob die Behörden die Gesetze verlegen. —

Also, Arbeiter und Parteienoffen, seid auf Eurem Posten! Versäume am 30. Juli kein Wahlberechtigter, seine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen. Es gilt diesmal mehr als je, die Volksherrschaft zu schützen, es gilt zu zeigen, daß Ihr Euch durch das wüste Geschrei unserer Gegner nicht beeinflussen laßt.

Arbeiter! Wählt nur einen Sozialdemokraten!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Kreis der Beachteten erweitert sich reißend schnell. In Altona erklärt die dort erscheinende königstreue „Norddeutsche Reichspost“ betreffs der Candidatur des Fortschrittlers Karsten:

Jeder Stimmzettel für Karsten ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen ehrenwerten Männer, die jetzt das dornenvolle Ministeramt bekleiden — jeder Stimmzettel für Karsten ist eine Beleidigung der verehrten Person unseres Kaisers und Monarchen selbst.

Und im Sonderhauser Bezirk, der Wahlzone des nationalliberalen Schlachtmachers Valentin ist plötzlich, wie der Wolf in die Schafherde, ein offizieller Candidat hereingebracht, und zwar niemand anders als ein Sohn des Fürsten Bismarck, so daß die reaktionäre Frucht gleich den richtigen Namen hat. Wer sich nicht auf den Namen Bismarck und die Person des Kaisers wählen läßt, wird in die Acht erklärt und ist Wild für die „Sauben“. Das hatten sich die unglücklichen Liberalen nicht träumen lassen, als sie sich in die Treibjagd gegen die Sozialdemokratie stürzten, nicht ahnend daß sie bloß dem auf dem Anstand postierten Jäger vor die Finte gebracht werden sollten!

Nachschrift. Nachdem Obiges geschrieben, kam uns die neueste Nummer der „Nationalliberalen Correspondenz“ zu Gesicht, aus welcher erhellt, daß den unglücklichen Liberalen allmählich doch die Wahrheit aufzukämmern beginnt: Der Kampf wird von Seiten der Regierung — darüber ist nach den neuesten Auslassungen ihres anerkannten Pressorgans (der „Provinzial-Correspondenz“) nicht mehr zu zweifeln — in erster Linie gerichtet gegen den Bestand der nationalliberalen Partei. Was wir unmittelbar nach der Auflösung als selbstverständliches Ziel der Bismarck'schen Politik bezeichneten, konnte dem offiziellen Organ der nationalliberalen Partei erst durch einen Fikturtritt des amtlichen Regierungsblattes klar gemacht werden.

Interessant ist ferner für uns ein Schmerzensschrei der „Nationalzeitung“: „Der Wahlkampf“, so jammert sie, „nimmt seinen Fortgang unter Erscheinungen, die eher auf ein allgemeines Auseinanderfahren aller staatsfreundlichen Parteien als auf eine Sammlung derselben hinweisen.“ Nicht bloß „Auseinanderfahren“, arme „Nationalzeitung“, sondern auch Hintereinanderfahren, allgemeine Raubgier — zum großen Gaudium aller bösen Reichsfeinde.

Mit den „offiziellen Candidaturen“ geht's lustig voran; nun candidirt auch der zweite, durch Gottes gnädige Fügung gerade 25 Jahre alt gewordene Sohn Bismarck's. Also zwei Köpfe — Verzeihung: Häupter für die Partei Bismarck. Schade, daß die Polygamie bei uns noch nicht offiziell erlaubt ist, Fürst Bismarck könnte dann vielleicht sämtliche Reichstagsfrühe mit Personen besetzen, die auf den Namen Bismarck nicht bloß hörten, sondern auch getauft wären. Ein solches Familien-Fideikommiß wäre wahrhaftig kein schlechtes Strebeziel!

— Deutschland ist nicht groß genug für die deutschen Spigel. In London und Paris haben sie seit langer Zeit ihr Standquartier, und nun ist auch in der Schweiz eine Frachtladung „preussischer Spione“ eingetroffen. Dazu bemerkt die „Tagwacht“: „Du lieber Himmel, die preussische Regierung muß viel Geld haben. Wenn sie die „Tagwacht“ abonnierte, läme sie viel billiger und zuverlässiger zu Berichten über das Treiben der Sozialdemokraten.“ Uebrigens haben in allen unsern öffentlichen Versammlungen von jeher schon auch Polizeispione den freiesten Zutritt gehabt, da es bei uns nicht Sitte, an der Eingangstür nach dem „Gewerbe oder Beruf“ zu fragen. Selbstverständlich thun Genossen deutscher Staatsangehörigkeit gut und ebenso auch Schweizer, welche vielleicht noch einmal nach dem „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ kommen können — etwas vorsichtig in ihren Aeußerungen über den „Kaiser von Deutschland“, oder den „Reichskanzler“ Bismarck zu sein, sie könnten doch denunziert und später einmal beim Kraken genommen werden. Der Fall Schabelitz hat gezeigt, daß selbst ein Schweizer in der Schweiz sich des Hochverrats, der Majestäts- und sonstiger Beleidigung gegen Länder und Leute, denen er weber Treue, noch besondere Achtung schuldig ist, schuldig machen und dafür verurteilt werden kann. Natürlich liegt es auch im Interesse der allgemeinen Sicherheit, womöglich solche Polizeispione zu entlarven, was mitunter nicht einmal so schwer ist.

An die Gründer.

Zur Deute fällt dem Größern stets das Kleine,
Im Thierreich findet ihr den Sag begründet,
Thier ist der Mensch, so schließt in's Allgemeine
Die Wissenschaft, sie scheint mit euch verbündet.

Ob euer Herz beim Rauben auch versteinet,
Was kümmert's euch? Beglückt, wer nicht empfindet,
So lehrt der Pessimismus jetzt, der seine,
Den höchst empfindsam Mancher uns verflündet.

Gemach ihr Herrn! Das Ding hat andern Boden;
Das Thier frisst nur, was es verbauen kann,
Nicht unterwirft es sich des Luxus Woden.

Der Sattung Glend greift das Thier nicht an,
Drum, reicht ein Mensch dem andern Stein' statt Broden,
So nennt man thierisch ihn, wohl auch Tyrann.

Kurt Moof.

— Herrn Reichstags-Abgeordneten Wöfel in's Stammbuch. Aus Budau bei Magdeburg ist dem liberalen „Merseburger Correspondent“ in Bezug auf die auch von uns erwähnten Böbeleien folgendes Telegramm zugegangen:

Ihr Merseburger habt's uns vorgemacht,
Wie man besiegt die falsche Niedertracht,
Wenn Merseburg so groß wie Deutschland wär,
Bedürft' es keiner Hilfsgehe mehr.
Hoch euch! Ihr habt vortrefflich sie verhauen,
Man ahm's euch nach in allen deutschen Gauen!
Besinnungsgenossen Budau.

— Fürstenmord. Die Wiedemann'sche Allgemeine Zeitung druckt in leicht erkennbarer Absicht eine Bemerkung des Rilwauker „Sozialist“ ab, dahin lautend, daß er zwar das Hödel-Attentat entschieden mißbilligt, aber doch unter Umständen den Fürstenmord billigen könne, wenn nämlich dem Volk ein erprießlicher Dienst geleistet werde. Professor Wiedemann möge sich trösten. So wie der Rilwauker „Sozialist“ haben seit Jahraufenden Unzählige über den „Fürstenmord“ gedacht, und nicht die schlechtesten Menschen. Oder kennt er nicht die, tausendmal in Versen und Prosa verherrlichte Bibelheldin, eine gewisse Judith? Nicht die ähnlich gefederten Griechenhelden Harmodius und Aristogelton? Nicht die zahlreichen anderen „Tyrannenmörder“ des

— Der Minister a. D. Delbrück wird im dritten weimarischen Wahlkreise von den „Liberalen“ als Reichstagscandidat aufgestellt und auch gewählt werden. Darüber wird sich Herr von Bismarck nicht freuen. Delbrück ist ein eifriger Gegner der Bismarck'schen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die er im Reichstag mit Energie und Sachkenntnis bekämpfen wird.

— Herr Bucher hat eine sehr gewundene und verlegene Antwort auf Marx' Brief gegeben, die wir in nächster Nummer veröffentlicht werden. Für heute nur so viel, daß Bismarck's Faktotum im Wesentlichen Alles zugiebt — wie er ja wohl mußte, da seine unglückliche Epistel dauerhafter gewesen ist, als seine Grundsätze und sich bis heute völlig intakt erhalten hat.

— „Seit Monaten konnte man Attentate voraussehen“, so schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung.“ Wenn das Blatt wirklich die Attentate vorausgesehen und der Polizeibehörde dieselben nicht denunziert hat, so muß die Redaktion wegen Verhülle zum Hochverrat, als Complice Vehmans und Robilings sofort auf die Anklagebank. Wußten wir's doch schon lange, daß die Complicen in anderen, als sozialdemokratischen Regionen zu suchen sind.

— Militärisches. Wie verlautet, sollen in Hamburg und Berlin die Soldaten täglich einige Stunden „Straßenkampf“ üben. Diese Übungen, sollten sie wirklich stattfinden, sind vollständig für die Raq.

— Zur „liberalen“ Knüppelerei. Ueberall fordern die „liberalen“ Zeitungen auf, die sozialdemokratischen Versammlungen mit Fäusten und Knüppeln, mit rohem und wüstem Geschrei zu sprengen. Dies ist bekanntlich in Wiesloch längst schon geschehen. Dann aber ist man in Chemnitz und Magdeburg und anderen Orten gefolgt. Es lebe die „liberale“ Aufklärung!

— Die Suche nach Verschwörern anlässlich der Berliner Attentate erstreckt sich auch nach Oesterreich-Ungarn; in Budapest wurden die Behörden von Berlin aus aufgefordert, nach Verbindungen Hödel's mit dortigen Sozialisten nachzuforschen, da derselbe sich 1876 dort längere Zeit aufgehalten hat. Der Diebe Ruh war jedoch umsonst, da Hödel, wie sich herausstellte, nur kurze Zeit in Budapest war und überhaupt mit den Sozialisten so wenig wie in Wien Verbindung hatte. Jetzt sucht man wieder in Prag auf Auftrag aus Berlin nach Verbindungen mit Robiling, natürlich mit demselben Erfolge.

— Der Strike (oder richtiger Lockout) in Lancashire scheint nach den letzten Berichten zu Ende zu sein. In Blackburn, Burnley, Accrington und den übrigen vom Strike betroffenen Fabriorten fanden am 18. d. Mts. zahlreiche Arbeiter-versammlungen statt, von denen die meisten im Hinblick darauf, daß keine hinreichenden Mittel zur Unterstützung der Streikenden vorhanden sind, den Beschluß faßten, die Arbeit mit der Lohnherabsetzung von 10 Prozent wieder aufzunehmen. In Blackburn entschieden sich von 78 „Shopmeetings“ (Sonder-Versammlungen der zu den einzelnen Fabriken gehörigen Arbeiter) 51 für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Das Strike-Comité hat eine Adresse an die Fabrikarbeiter erlassen, in welcher es nach einem Rückblick auf die Geschichte des Strikes heißt:

„Wir glauben, Ihr werdet mit uns sagen, daß jeder ehrenvolle Vergleich angeboten und jede Anstrengung gemacht wurde, um diesen unglücklichen Kampf zum Abschluß zu bringen, aber ohne Erfolg, da die Arbeitgeber augenscheinlich entschlossen sind, daß die Gerechtigkeit dem Reichthum, der Macht und dem Einflusse unterliege. In Folge des durch die Kranfälle erzeugten Vorurtheils und der Stockung in allen Industriezweigen ist es uns unmöglich, Fonds für den Unterhalt von 700,000 Webern zu beschaffen, welche zu einem Schilling pro Person wöchentlich 3500 Ltr. erfordern würden. Wir raten demnach den Webern an, zur Arbeit zurückzukehren. Die Arbeitsstockung hat die Ansichten der Arbeiter mit Bezug auf die Doktrin einer Verringerung der Produktion befestigt; hätte diese Arbeitsstockung nicht stattgefunden, so würden viele Arbeitgeber bereits bankrott sein.“

Klassischen Alterthums, die sogar in unsern Schulbüchern gepriesen werden?

— Zur Charakteristik Robiling's. Ein Wiener Blatt veröffentlicht die consusen Nachrichten, welche unsere liberalen und offiziellen Reporter und Redakteure über Robiling gebracht haben, in folgender trefflichen Weise:

„Dr. Karl Robiling, der eigentlich Ludwig heißen soll, ist aus den Rheinlanden in Posen gebürtig. Er ist ein ultramontan-lutherischer Freigeist, ein hergelaufener Bagabund, der einer der angesehensten preussischen Familien entstammt, die ihm bloß die nothdürftigste Gymnasial- und Universitätsbildung zu Theil werden ließ. Robiling ist ein Sozialdemokrat vom reinsten Wasser, der sich in einer Arbeiterversammlung in Dresden vergeblich um eine Anstellung im Ministerium bewarb. Er war auf keine andere Zeitung als auf die ultramontane „Germania“ abonniert, weshalb er allgemein als Petroleur gilt, der für die antisozialdemokratische Böhmert'sche Correspondenz schrieb. Außerdem war er ein Freund Roscher's, Schuppe-Delbrück's und anderer rothen Communisten. Robiling wird übereinstimmend, als ein ruchloser, excentrischer, dummer, verrückter, dabei aber äußerst scharfsinniger und ruhiger Mann geschildert, der eine große Neigung zu Gewaltthätigkeiten und Grausamkeiten besitzt, weshalb er nach dem Urtheile Roscher's zu Arbeiten im Ministerium befähigt sein soll. Aeußerlich macht Robiling den Eindruck eines stumpfsinnigen, ungemein intelligenten, nervös gereizten, in der Entwicklung sehr zurückgebliebenen, überaus gelehrten Katheder-Philosophen.“

— Hirnkrankheit. Das patriotische „Stettiner Tageblatt“ bringt folgenden Aufsatz:

„Die verrückten Attentate, welche von Seiten der Sozialdemokraten gegen Se. Majestät den Kaiser verübt worden sind, machen es jedem Freunde des Vaterlandes zur Pflicht, mit aller Energie gegen die Frevelthaten dieser Staatsfeinde einzutreten und Alles zu thun, was in seinen Kräften steht, um die Regierung im Kampfe gegen diese Feinde der bürgerlichen Ordnung zu unterstützen. Die Angriffe der Sozialdemokratie gelten ja nicht dem Kaiser als Person, sondern als dem Oberhaupt des mächtigsten (???) Staates in Europa, als dem Hort der Ordnung. Der Zweck der Sozialdemokratie ist darauf gerichtet, die bestehende Ordnung umzustürzen, den reichigen und ordentlichen Bürgern die Frucht ihres Fleißes, ihr Eigenthum zu rauben und es an die Faulenzer und Tagediebe zu vertheilen. Da heißt es Einigkeit aller Parteien. Ein Verräther am Staate, am Vaterlande, wer die Partei über

*) Der „mächtigste Staat“ und die Angst vor den Sozialdemokraten? Reimt sich schlecht zusammen. A. d. B.

Das Manifest schließt mit dem Rathe an die Arbeiter, die Regierung zu ersuchen, Schiedsgerichte herzustellen, damit ein ähnlicher Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wie der soeben verlaufene, verhindert (?) werde, und es deutet an, daß bei der geringsten Besserung des Geschäfts das Comité die Ansprüche der Arbeiter auf bessere Löhnung wieder befürworten würde. — Laut Beschluß der Fabrikanten sind die Fabriken seit Dienstag wieder geöffnet. Der Beschluß an Löhnen während der dreimonatlichen Dauer des Strikes und der Arbeitsperre wird auf nicht weniger als 60,000 Lfr. veranschlagt, während 135,000 Webestühle und über 5 Millionen Spindeln feierten.

Wir werden auf diesen großartigen und lehrreichen Lohnkampf zurückkommen, und enthalten uns für heut aller Bemerkungen.

— Zum sozialdemokratischen Wahlcongreß. Die gegnerischen Blätter wundern sich, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland weder Congreß, noch Conferenz behufs gemeinsamer Vorbereitung zu den Wahlen abhält. Wir können unsere Gegner beruhigen. Alle nöthigen Schritte sind geschehen und ist das Central-Wahlcomité schon vom vorjährigen Congreß mit allen diesbezüglichen Vollmachten ausgerüstet worden.

— Die Tombola zum Besten der deportirten Communarden ist, wie unsern Lesern bekannt, bis auf die Vertheilung der Gewinne und Erinnerungsblätter zum Abschluß gelangt. Die den Loosinhabern in Deutschland zugefallenen Gewinne etc. sind während des Pfingstfestes in Hamburg eingetroffen, jedoch von der Polizeibehörde confiscirt worden, bevor noch der Adressat Geib in Besitz der Sendung (Riste) gelangt war. Die Riste kam von London, das war Grund genug zur Beschlagnahme. Was weiter folgt, werden wir seiner Zeit mittheilen, bemerken jedoch schon jetzt, daß der Inhalt der Riste sehr harmloser Natur ist. Aber der Adressat gehört zu den Sozialdemokraten, das sagt Alles!

— In Gtass-Lothringen ist, wie uns von der Postbehörde mitgetheilt wird, der „Vorwärts“ verboten worden — kraft des famosen Diktaturparagraphe. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß hier und da Postbeamte, die in der „Furcht des Herrn“ Stephan leben und sich „ein rothes Röschchen“ verdienen möchten, vom Abonnement auf den „Vorwärts“ abzuschrecken suchen, indem sie sagen, der „Vorwärts“ würde im nächsten Quartal verboten werden und die Abonnenten dann ihr Geld verlieren. Nun kann von einem Verbot des „Vorwärts“, so lange die Reichsverfassung zu Recht besteht, überhaupt nicht die Rede sein. Und was die geplanten „Ausnahmemaßregeln“ gegen unsere Presse betrifft, so hat darüber der Reichstag zu entscheiden, der erst Anfang September zusammentritt, und von dem zu erwarten ist, daß er der rothen Reaction, die jetzt die Masse abgeworfen hat, entgegentreten wird. Macht wieder ein Beamter einen solchen Pressionsversuch, so weise man den unfugten Rathgeber energisch zurück und ermahne ihn, seine Nase in die Reichsverfassung zu stecken und sich um das zu bekümmern, was seines Amtes ist.

— In Halle ist ein neues Parteiorgan, die „Halle'sche Freie Presse“ entstanden. Vorkünftig erscheint dieselbe wöchentlich einmal.

— In New-York ist unser Parteiorgan, die wöchentlich einmal erscheinende „Arbeiterstimme“, eingegangen. Das war voraussehen, da das täglich dort auch erscheinende Parteiorgan, „Die Newyorker Volkszeitung“, fortwährend an Abonnenten gewinnt.

Der panische Schrecken vor den Sozialisten.

Eine Stimme aus England.

Der Londoner Correspondent der „Newcastle Daily Chronicle“ schreibt an diese Zeitung: Die Londoner Polizei hat die Weisung erhalten ein wach-

das Vaterland stellen kann! Alle Bürger jeder Partei, welche dem Kaiser Treue bewahren wollen, werden zu einer Bürger-versammlung eingeladen; Tagesordnung: 1) Wie läßt sich die Sozialdemokratie bekämpfen? 2) Wie hat sich der Reichstag im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bewährt? 3) Wen wählen wir? Wiederwahl oder Neuwahl? 4) Vorbereitung zur Wahl. Das Comité der Bürger: R. Grassmann.

Hübsch, nicht wahr? Nun, wenn die Hundstagshitze vorüber ist, kommt Herr Grassmann vielleicht wieder zu Verstand und gar zu etwas — Anstand.

— Christlich-Soziales. Die Christlich-Sozialen haben ein Flugblatt in Berlin austragen lassen, welches in derart ungeschickter Weise auf die Sozialdemokraten schimpft, daß die löbliche Polizei dasselbe für ein sozialdemokratisches Flugblatt hielt und natürlich confiscirte. Der berühmte Grüneberg theilte darüber in einer christlich-sozialen Versammlung mit, daß 140,000 Wahlflugblätter bereits verbreitet worden seien. Diese Flugblätterverbreitung habe aber bereits gegen 60 polizeiliche Sistrungen zur Folge gehabt, von denen eine sogar durch den „Grünen Wagen“ erfolgt sei. Alle diese Sistrungen seien aber von nur sehr kurzer Dauer gewesen, da die Polizei sich in dem Glauben befand, die Flugblätter rühren von den Sozialdemokraten her.

Wenn die Christlich-Sozialen also bösehaft schimpfen, das duldet die Polizei — Ei! Ei! Wie gerecht!

— Ein gemeiner Patron hat in der „Saar- und Blieszeitung“ folgenden Urath abgelagert, der von geistesverwandten Patronen in verschiedenen „patriotischen“ Blättern als reichs-freundliches Musterprodukt empfohlen wird:

„In dem Ausschrei tiefster Entrüstung und Schmach, welcher sich der Brust jedes wahren Deutschen über das ruchwärtig vergossene, theure Blut unseres erhabenen Monarchen entringt, mischt sich, anfangs schwächern, aber lauter und immer lauter werdend der Tadel gegen diejenigen Abgeordneten zum Reichstage, welche der Regierung des Kaisers vorher die Mittel verweigert hatten, um dem teuflischen Gebahren der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten. — Wahrlich, Thaten sind vonnöthen! es gilt, das Rottfärbere mit der Sozialdemokratie endlich abzulegen und es offen zu bekennen, daß man es hier nicht mit einer politischen Partei, sondern mit einer Bande von Mördern und Räubern zu habe. Abgeordnete, welche in dieser schrecklichen Zeit der Regierung ihre thatkräftige Unterstützung versagen, verdienen nicht länger das Vertrauen der deutschen Wähler.“

Wahrhaftig, wenn man solches Zeug liest, dann ist man versucht, die Verrechtigung des Prügelpädagogenthums anzuerkennen.

James Auge auf die Bewegungen der zahlreichen in der Metro-
pole ansässigen deutschen Bevölkerung zu haben. All der Värm,
den man wegen der Sozialisten macht, bedeutet Nichts weiter
als in die Augen Europas geworfener Sand, in der Absicht,
der militärischen und reaktionären Partei Preußens eine gewisse
Berechtigung zur Beschränkung der Freiheit des Volkes zu ge-
wahren. Es ist eine Illusion zu vermuthen, die „Internatio-
nale“ oder gleichartige Gesellschaften besitzen irgend welche Aus-
dehnung oder Macht. Karl Marx ist ein tüchtiger und ent-
schlossener Mann. Er ist eine Art politischer Loyola und hat
ganz und gar den finsternen Ernst des Charakters, der jenen
merkwürdigen religiösen Propagandisten auszeichnete. Aber man
irrt sich, wenn man vermuthet, daß er einen großen Anhang
hat. Lassalle, der als der Gründer des deutschen Sozialismus
anerkannt ist, war ein leidenschaftlicher Mann als Marx und ver-
fügte zu seiner Lebenszeit über bedeutenden persönlichen Einfluß.
Er erinnerte mich stets an Armand Carrel, den berühmten fran-
zösischen Journalisten und Republikaner, der in einem Duell von
E. v. Girardin getödtet wurde. Aber Keiner von den sozia-
listischen Führern hat die geringsten bemerkbaren Sympathien
mit den Attentaten von Hödel und Nobiling. Es ist reaktio-
nären Politikern wohl geboten zu behaupten, daß die Theorien
von Marx und Lassalle Leute dazu verleiten, sich zu solchen ver-
zweifelten Handlungen herzugeben, wie der, für welche der un-
glückliche deutsche Gelehrte sein Leben opferte. Die deutsche so-
ziale Partei nimmt in ihrem Lande fast dieselbe Stellung ein,
wie bei uns (in England) die Liberalen, Radikalen und älteren
Whigs in den trüben (Reaktions-) Tagen des Casslereagh, Sid-
mouth und einiger ihrer unmittelbaren Vorgänger. Die deutsche
Nation wird durch den Militarismus langsam getödtet. Derselbe
hat ihren Handel zerstört und sie indirekt zu maßlosen und
überreizten (extravagananten) Handlungen gedrängt. Die Deut-
schen machen jetzt die nämliche Erfahrung, die England nach
dem großen Kriege mit Frankreich machte. Es ist Mode ge-
worden, Fürst Bismarck als die Personifikation von politischer
Weisheit in die Höhe zu halten und ihn als den erfolgreichsten
Staatsmann zu begrüßen. Diese Ansicht habe ich nie getheilt.
Wenn man wohl daran thut, keinen Menschen glücklich zu nennen,
bedarf er todt ist, dann ist es ebenso weise, keinen Staatsmann
erfolgreich zu nennen, bevor man das Resultat seiner Politik
sieht. Es ist gar nicht so sehr unwahrscheinlich, daß die poli-
tischen Pläne, welche Fürst Bismarcks Ruf begründeten, in nicht
allzulanger Zeit ihr Ende in Ruin und Verderben finden. Das
Streben nach militärischer Suprematie (Oberherrlichkeit) und die
Gier, welche die Deutschen antrieb Elsaß und Lothringen von
Frankreich zu reißen, wird Generationen des Elendes zur Folge
haben. Ich bezweifle sehr, ob der Schreden der deutschen Re-
gierungen die freien Nationen auf dem Congresse bewegen wird,
sich auf einen Kreuzzug gegen einen so unsagbaren Feind einzu-
lassen. Die beste und einzige Heilung der Unzufriedenheit des
Volkes ist eine gute liberale, freisinnige und billige Verwaltung.
Wenn die Deutschen Lassalle's Theorien unter den Arbeitern
ihres Landes ausmerzen wollen, dann mögen sie dem Beispiel
folgen, das Frankreich ihnen jüngst gegeben hat. Es giebt
gegenwärtig in Europa kein Land wo mehr Zufriedenheit herrscht
oder das eine hoffnungsvollere Zukunft vor sich hat als Frank-
reich. (2) Die Lehre, welche der Krieg diesem Lande erteilt,
hat es zu Herzen genommen, und fangen die Franzosen an, sich
auf einer neuen und in Wahrheit ruhmvolleren Laufbahn zu
bewegen. In einer der letzten Sitzungen der Nationalversamm-
lung strebten die Reaktionen danach, die Oberhand zu ge-
winnen, aber sie wurden sogar im Senat geschlagen. Es steht
jetzt fest, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten,
daß die im Januar stattfindenden Wahlen den Republikanern
auch im Senat die Majorität geben werden. Wenn dieses Ziel
erreicht ist, so kann man die Republik als dauernd begründet
betrachten. Die Republik aber bedeutet Frieden, innere Zufrie-
denheit und Wohlstand. Wenn die Deutschen die freisinnigen
Einrichtungen, welche Frankreich ins Leben gerufen hat, nach-
ahmen wollten, würden sie darin eine bessere Abwehr gegen so-
ziale Häresien (Ketzereien) finden, als in dem thörichten Versuche,
andere Nationen zu Donquixotischen Unternehmungen gegen die
Anhänger der „Internationalen“ zu verlocken. Ich traf vor
einigen Tagen Herrn Karl Marx, und er war über die närrische
Furcht der deutschen Regierungen vor der Organisation, deren
Haupt er war, sehr erstaunt und machte sich weidlich darüber
lustig. Aber es ist stets so gewesen, daß jene Herrscher und Re-
gierungen, deren Autorität nicht von der freien Wahl des Volkes
abhängt, vor Schattenbildern Angst bekommen.

Correspondenzen.

London, 12. Juni. Deutsche Parteigenossen! Tief
bedauern wir Eure momentane Lage*), in die die Reaktion Euch
fredlos verstreut. Staunen und Erbitterung bemächtigt sich
unser, da wir sehen, aus welcher schmutzigen Quelle unsere Gegner
schöpfen. Obwohl an Lüge und Verleumdung gewöhnt, so über-
steigt das in der letzten Zeit gegen uns Geleistete alles Da-
gewesene. Wir rufen Euch trotzdem zu: Schreiet wie jeither
müthig und unerschrocken weiter voran. Lebhaftige Anerkennung
zollen wir dem Standpunkte, den Euer Centralorgan, der „Vor-
wärts“, in seinen letzten Nummern den Attentaten gegenüber ein-
nimmt. Bereits fängt die englische Presse an, nüchtern zu wer-
den, und mit gruseligem Kopfschütteln weist sie auf die deutsche
Finsterniß hin. Genossen! Alle Schmach, die man Euch antut,
alles Unrecht, das man Euch zufügt, wird sich zum Heile unserer
Sache, zum Heile der ganzen Menschheit wenden. Davon haben
wir in England die besten Beweise. Mit Recht können wir be-
haupten: Ihr seid auch die Pioniere für England. Kein Tag
vergeht, ohne daß die englische Presse ellenlange Artikel über
die Grundsätze und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bringt. Sind es auch größtentheils echte deutsche Reporter-
blätter, so ziehen sich doch die denkenden Arbeiter aus denselben
ein Urtheil, das zu unseren Gunsten ausfällt. Seid überzeugt,
daß eine große Anzahl Arbeiter aller Nationen ebensowohl, wie
sie den Neuchâtel verdammten, Euch als unschuldige Märtyrer
betrachten und Euch begeistern die Bruderhand entgegenstrecken.
Aber Hader wird weichen, und durch Einigkeit erstarkt, wird es
unser einzige Aufgabe sein, mit Euch zu streben und zwar zu-
meist auf dem einzigen Felde, das uns geboten, nämlich um die
von der Reaktion Verwundeten zu pflegen und, soviel in unseren
Kräften steht, zur Unterstützung beizutragen. Als ersten Beitrag
für die Wahlen haben wir 160 Mark abgesandt; wir werden
jezt mit Subscriptionen beginnen und hoffen redlich die Wunden,
die uns unsere Gegner durch unehrlichen Kampf beizubringen
suchen, nach besten Kräften zu heilen.

Mit herzlichem Brudergruß im Namen des V. Arb.-Bild. B.
F. J. Ehrhart, Corresp. Sect.

*) Unsere Lage ist nicht bedauerndwerth; wir haben weder den
Muth noch die Ehre verloren — deshalb haben wir nicht verloren.
R. d. S.

Zürich, 20. Juni. Der Deutsche Arbeiterverein hat
seine Stellung in der jetzigen Reaktionsperiode begriffen und
ehrenvoll Position genommen. In seiner außerordentlichen Ge-
neralversammlung vom 19. Juni hat er auf Antrag Seidel
beschlossen, mit allen Kräften die Wahlagitation der Sozial-
demokratie Deutschlands materiell zu unterstützen. Es wurde
zu diesem Behufe eine Commission von drei Mann gewählt,
welche durch die ganze Schweiz, sowohl unter den deutschen
Arbeitervereinen, als unter den anderen Gesinnungsgenossen,
die Sammlungen für den Wahlfond organisiren soll. Der Com-
mission wurden sofort aus der Kasse 600 Franken vorschussweise
zur Verfügung gestellt, 500 Franken können sofort dem Wahl-
comité in Hamburg übersendet und sollen dann durch die ein-
gehenden Beiträge wieder gedeckt werden, und 100 Franken sind
für die Auslagen und Agitation der Commission kreditirt. Die
Vereine werden jezt schon darauf aufmerksam gemacht. Es
werden Quittungsscheine mit Abschnitten zu 25 Centimes ge-
druckt, um die Sammlung zu vereinfachen. Halte es jeder Ort
für eine Ehrensache, möglichst viele solcher Quittungen unter-
zubringen.

Wien, 17. Juni. Das Wiener Spießbürgertum ist durch
das jüngste Attentat in Berlin und vor Allem durch die Grenel-
notizen, welche die Presse an dasselbe geknüpft hat, so in Angst
gebracht worden, daß es seines Lebens nicht mehr recht froh
wird und mit Bittern und Wehen jeden Tag erwartet, die
„Theilerei“ und „Korbrennerei“ werde beginnen. Die grau-
igsten Schauermärchen werden hier über die deutschen Sozial-
demokraten kolportirt, besonders an Sonntagen, an denen Nach-
mittags keine Zeitung erscheint. So war gestern hier das Ge-
rächt verbreitet, Berlin brenne an sieben Stellen! Bei
einer solchen Geistesstimmung — wenn von Geist da die Rede
sein kann — ist es begreiflich, daß diejenigen bürgerlichen De-
mokraten, welche bisher ihrer Anständigkeit wegen im Geruche
der Sozialdemokratie standen, es für notwendig halten, diese
„Schande“ von sich abzuwaschen und feierlich zu erklären, daß
sie keine Sozialdemokraten seien, wie dies z. B. kürzlich Doktor
Kronawetter im Parlament that. Dr. Kosjek, welcher die
Verteidigung Schwarzingers in dessen bevorstehendem Preß-
prozeß übernommen hatte, sagte dieselbe ab, um nicht für einen
Sozialdemokraten gehalten zu werden, und der Prozeß, der für
heute angelegt war, mußte vertagt werden, weil sich kein Advoca-
tat fand, der es „gewagt“ hätte, einen Sozialdemokraten zu
verteidigen! Endlich ist es gelungen, einen Anwalt in der
Person des Dr. Berggruen zu finden — falls dieser nicht auch
wieder zurücktritt.

Troyden, oder vielleicht eben deswegen, weil es so gläubige
Ohren fand, ist uns das Gezeir der liberalen Journale von
Nutzen gewesen, indem die Klasse des Volkes, welche die Sozial-
demokratie schon fast vergessen hat, wieder auf dieselbe aufmerk-
sam gemacht wurde. Beweis für die zunehmende Beachtung,
die der Sozialismus in Oesterreich findet, ist die Thatsache,
daß seit den Attentaten die Abnehmerzahl des „Sozialist“
rapid gestiegen ist. Die Staatsanwaltschaft thut
allerdings ihr Möglichstes, um zu verhindern, daß das Volk er-
fahre, welche Stellung die Sozialisten den Attentaten gegenüber
einnehmen. In der Nummer 23 vom 8. Juni des „Sozialist“
war ein Beitrag mit der Ueberschrift „Politische Attentate“.
In diesem Artikel wurde ausgeführt, daß gerade die monarchi-
stischen Parteien die Schuld an dem Attentate tragen, indem
sie dem Volk den Glauben beibrächten, daß alles Gute, Große
und Schöne, was im Staate bestehe, vom Monarchen geschaffen
worden sei. Indem sie der Person des Monarchen einen solchen
Einfluß zuschreiben, indem sie es verklären, daß es dem „Landes-
vater“ zu verdanken sei, wenn das Volk groß, mächtig und
glücklich sei, so ist es natürlich, daß diejenigen, welche das Alles
glauben, welche Monarchisten sind, auch alles Schlechte, alles
Unglück und Elend dem Monarchen in die Schuhe schieben.
Gerade diejenigen, welche die Liebe für den Herrscher erzeugen,
erzeugen auch den Haß gegen ihn. Die Attentate auf Monarchen
werden erst dann verschwinden, wenn man das Volk aufklärt,
daß kein einzelner Mensch, und wäre er der Mächtigste, einen
auschlaggebenden Einfluß auf die Entwicklung eines Volkes
besitzt. Wer die Monarchen vergöttert, lenkt die Waffen der
Unzufriedenen auf sie.

Dies ungefähr war der Inhalt des Artikels, vorgebracht in
einer den österreichischen Preßverhältnissen angemessenen Form,
was jedoch nicht verhinderte, daß er confisziert wurde — wegen
Guthesung einer ungehörigen Handlung. Doch in Oesterreich
darf man sich über nichts mehr wundern, ein Wunder wäre es
nur, wenn die Regierung und ihre Organe eine, wenn auch
noch so leise Anwendung von Schamgefühl empfinden würden.
Daß die Regierung dessen nicht fähig ist, beweist ihr bisheriges
Verhalten im Amte, trotz der offensichtlichen Mißachtung, die
ih von allen Klassen der Bevölkerung entgegengebracht wird.
Drei Ursachen haben das Ministerium Auerberg gehalten: der
Hof, dessen Laiai das Ministerium war, die Haute Finance,
welche manches hübsche Sümmchen durch seine „Gutherzigkeit“
verdient hat, und der Umstand, daß weder die Rechte noch die
Linke auf eine entschiedene Majorität rechnen kann, weil die
Charakterlosigkeit das Prinzip ist, dem der größte Theil unserer
Volkvertreter huldigt. Da jedoch die Funktionsdauer des gegen-
wärtigen Abgeordnetenhauses demnächt zu Ende geht, und
dasselbe fast alle seine Arbeiten beendet hat, und da voraussicht-
lich bei den nächsten Wahlen vorwiegend entschiedene Gegner
des Ministeriums Auerberg gewählt werden, daß dieses es vor-
gezogen, lieber früher zu gehen, bevor es gegangen wird, und
endlich einmal den Entschluß gefaßt, seine Demission ein-
gereicht, welcher allerdings bis dato noch nicht ausgeführt
worden ist, dessen Ausführung jedoch höchst wahrscheinlich noch
im Laufe dieses Monats in der amtlichen „Wiener Zeitung“
veröffentlicht werden wird. Ob etwas Besseres folgt, wissen die
Götter. Schlechter kann's nimmermehr werden. — 1.

Berlin, 17. Juni. Nochmals entnehmen wir der „Magde-
burger Zeitung“ einen Versammlungsbericht, der also lautet:
Die Beltenstraße, eine Straße, welche bekanntlich im Westen des
Berliner Thiergartens gelegen ist, bildete gestern (Sonntag
Vormittag) einen Hauptmummelpfad der Berliner Sozialdemo-
kraten. Als die Herren Greisenberg und Auer erschienen, tum-
melten sich in den Zelten und in dem angrenzenden Theile des
Thiergartens viele Tausende ihrer Parteigenossen umher;
das bezeichnete Versammlungsort selbst war aber verschlossen
und prangten an der Außenseite desselben zwei große Zettel mit
der Aufschrift: „Heute keine Versammlung.“ Nachdem den Her-
ren Greisenberg und Auer von Herrn Wetterstein mitgetheilt
worden war, daß er aus „gewissen Gründen“ sein Lokal
als Versammlungsort nicht dienen lassen wolle, suchten die
meisten Sozialdemokraten den Belten Nr. 3 belegen, sehr ge-
räumigen Biergarten auf. Hier ließen sie sich den edlen Gersten-
saff vortrefflich munden, und die Polizei, die zu Fuß und zu
Pferde, uniformirt und nicht uniformirt, erschienen war,
sorgte dafür, daß die Ruhe und Ordnung in keiner Weise ge-
fährdet wurde. Als ein junger Mann die „Berliner Freie Presse“ ent-

faltete und mit lauter Stimme einen Artikel aus derselben vor-
las, wurde er von der Polizei aus dem Garten gewiesen. Da
derselbe dieser Aufforderung jedoch keine Folge leistete, so wurde
er nebst einem ihm beistehenden anderen jungen Manne in Haft
genommen. Obwohl der Wirth des Gartens eine sehr große
Quantität Bier verkaufte, so schien ihm die „rothe Gesellschaft“
doch schließlich un bequem zu werden, denn er bestieg einen Tisch
und rief mit lauter, weithin vernehmbarer Stimme: „Ich thue
den Gästen hiermit kund, daß ich kein Bier weiter aus-
schänke, sondern mein Lokal nunmehr schließe. Ich fordere
sämmliche Anwesende auf, sich aus meinem Garten zu entfernen.“
Ein fürmiges Bravo und Händellatschen begleitete diese
Rede, die sogar „Dacapo“ verlangt wurde. Die „Dacapo“-Rebe
folgte auch sehr bald von Seiten der Polizei, die nunmehr die
Sozialdemokraten „im Namen des Gesetzes“ zum Verlassen des
Gartens aufforderte. In größter Ruhe und in Ordnung ver-
ließen die Sozialdemokraten den Garten.

So muß selbst die „Magdeburger Zeitung“ über sozial-
demokratische Versammlungen berichten. Und diese Berichte be-
weisen, daß 1) die Sozialdemokraten weitans anfändiger
sind, als ihre Gegner, daß 2) unsere Genossen dem provokato-
rischen Auftreten eines Stieber'schen Polizeispießels in Ruhe und
Würde entgegenzutreten verstehen, und daß 3) die überwachende
Polizeibehörde nicht gewillt ist, die geradezu musterhafte und
entgegenkommende Haltung des versammelten Volkes genügend
zu würdigen.

Berlin, 17. Juni. (Von einem Arbeiter.) Ich besitze
da ein Buch, welches sich betitelt: „Das Gesamtgebiet der
deutschen Sprache, nach Prosa, Dichtkunst und Beredsamkeit theo-
retisch und praktisch dargestellt von Karl Heinrich Ludwig Böllig.
Leipzig 1825.“ Dort ist ein Beispiel in dem Kapitel: „Bereds-
samkeit“ angeführt, welches wohl werth ist, weiter bekannt zu
werden.

Hören wir also, was ein Prediger über die Entstehung des
Aufruhrs und Empörung sagt. Ich will es nützlich abschreiben
aus Fr. Wilh. Bedag's Predigt: „Woher das Unglück des
Aufruhrs und der Empörung entspringt?“ in seinen Predigten
Th. 1, Leipzig 1793, S. 294 ff.):

„Das Unglück des Aufruhrs und der Empörung, nebst allen
damit gemeinlich verpaart gehenden Ausschweifungen, entsteht
nie in einem Lande, wo bürgerlicher Wohlstand, Freiheit und
Gerechtigkeit wohnen, und wo Aufklärung und Tugend zur Ver-
edelung der Menschheit schwelgerisch die Hand sich bieten. Gemein-
lich wird es durch eine Reihe von entgegenstehenden Uebeln
vorbereitet, und kann nur da zum Ausbruche kommen und über-
hand nehmen, wo ein ganzes Volk zum Mißvergnügen und Un-
willen gestimmt und durch Druck und Sklaverei oder durch falsche
Vorstellungen und Grundsätze zur Empörung gereizt und in
blinde Wuth gesetzt wird. Demnach wird nicht, wie man oft
sagt, durch die Aufklärung des Volkes, sondern dadurch der
Grund zum Aufruhr und zur Empörung gelegt, wenn solche
Fehler in der Staatsverwaltung gebuldet werden, woraus für
das Volk langwierige Bedrückungen erfolgen müssen. Wo also
die Vornehmen die Spritzen ausführen und drücken darf;
wo es mehr auf hohe Gönner und Fürsprecher, als auf Unschuld
und Recht ankommt, oder wo diejenigen, welche am Ruder des
Staates sitzen, und die für den Wohlstand des Ganzen väterlich
Sorge tragen sollen, nur auf ihre Bereicherung bedacht sind,
oder sich dem Müßiggange, der Leppigkeit und Wollust ergeben
und unnäher Weise verschwenden, was sich der Unterthan mit
sauerem Schweiße verdienen muß; oder wenn sie ihrem Ehrgeize,
ihrer Eroberungslust Menschen und Schätze aufopfern und,
durch langwierige und blutige Kriege genöthigt, das Volk mit
unerhörlichen Lasten belegen; dann ist das Mißvergnügen,
der Unwille des großen Haufens auf die Dauer unvermeidlich,
und seine gerechten Beschwerden reifen mit der Zeit zur un-
glücklichsten Empörung heran.“

Ich glaube, daß es jezt am Platze ist, eine solche Stimme
aus der Vergangenheit zu hören.

Ein Parteigenosse R. P.
Bromberg, 6. Juni. Auch bei uns fand am Anlaß des
Attentats auf den Kaiser bei der am letzten Montag abgehal-
tenen Versammlung des Arbeiter-Vereins ein ständlicher Auf-
tritt statt, welcher, wie schon aus einigen nach Berlin von hier
abgesandten Telegrammen ersichtlich, von der Crème des Bürger-
standes provoziert wurde. Schon des Morgens wurde uns die
Mittheilung zu Theil, daß „angesehene Bürger“ Brombergs
einen Coup gegen die hiesigen Sozialdemokraten beabsichtigten.
Kurz also nach Eröffnung der Versammlung, zu welcher sich
nahe an 100 dieser Herren eingefunden hatten, ergriff der Schau-
spieler Worms das Wort, um auszuführen, daß die Zeit eine
viel zu bewegte sei, um noch auf Vorträge (es war die Städte-
ordnung und das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung)
einzugehen, und brachte darauf ein Hoch auf den Kaiser aus,
in welches sämmtliche Herren einstimmten. Damit aber war
ihnen noch nicht gedient, sie mußten in Ausschreitungen über-
gehen; denn sie waren uns numerisch überlegen und hatten
daher die physische Macht für sich! Die Polizeibehörde selbst
war dem Anscheine nach von dem Coup unterrichtet, und er-
schien diesemal statt des obligaten Commissars noch andere vier
Polizeibeamte und ein Gendarm. Die Militär-Hauptwache,
welche dem Vereinslokale gegenüber liegt, soll dahin instruit
worden sein, auf das erste tödtende Signal Hülfe zu leisten.
Nachdem wieder etwas Ruhe hergestellt worden, ergriff der Vor-
sitzende abermals das Wort, indem er erklärte, der gesteigerten
Aufregung wegen auf den Vortrag selbst verzichten zu wollen,
und machte das Vereinsgesetz zum Gegenstand der Tagesordnung.
Während der Vorlesung desselben läßten verschiedene Herren
ihr Müthchen durch Bemerkungen wie: Der Verein ist ein Wort-
verein, die Hunde tödtlich, sie zerkreten u. s. w. — Unter
solchen Verhältnissen sah sich der Vorsitzende veranlaßt, die Ver-
sammlung zu schließen. Das steigerte die Wuth der Vertreter
der sogenannten „Gebildeten“ noch mehr. Das Toben und
Lärmen wollte kein Ende nehmen. „Kaus mit den rothen
Hunden!“ brüllten einige der saubren Patrone, und gleich
darauf flog ein faustgroßer Ziegelstein, glücklicherweise ohne zu
treffen, in die kleine Schaar der Sozialdemokraten. Der Vor-
sitzende überreichte sodann dem Commissarius das Projekt,
worauf dieser auf einen Tisch sprang und Jenen fragte, ob er
denn auch wisse, wer geworfen hätte. Das mußte der Vorsitzende
verneinen; der Commissarius erklärte hierauf, er sei hier, um
Jedermann ohne Rücksicht auf seine Parteistellung zu schämen.
Doch dabei blieb es auch. Der Respekt dieser Herren vor dem
Gesetzesüberwacher zeigte sich dadurch, daß sie unter Abhängung
der Nationalhymne sich in Schlachordnung stellten und mit ge-
hobenen Todtschlägern auf die nur noch aus zehn Personen be-
stehende Sozialistenschaar eindringten. Selbstverständlich mußte
diese der rohen Gewalt weichen. Der Vorsitzende flüchtete in
die Privatwohnung des Wirthes; dem Kassirer wurde ein noch
auf drei Füßen stehender Tisch sammt den darauf stehenden
Gläsern auf die Füße geworfen und er konnte schließlich nur

mit Mühe und Gefahr den Ausgang erreichen. So endete die Heldenthat der hiesigen sogenannten Intelligenz, von welcher sie in den Zeitungen so viel Wesen gemacht. — Das Charakteristische der Sache ist, daß, als der Wirth wegen Sachbeschädigung Beschwerde führte, der Brauereibesitzer Leue erklärte: Wir bezahlen ja Alles. — Schließlich sei noch bemerkt, daß der Vorhändler des Arbeiter-Bezirksrats täglich mit Drohbrieffen u. s. w. bedacht wird. — Gestern fanden hier sieben, heute wieder zwei Verhaftungen wegen auf das Attentat bezughabender Äußerungen statt. Heute wurden die Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Bezirksrats mit Hausdurchsuchungen beehrt.

Salle a. d. S. In der am 1. Juni stattgehabten Volksversammlung, welche von mindestens 3000 Personen besucht war, wurde, trotzdem man Opposition versuchte, nachstehende Resolution mit allen gegen 30—40 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung erklärt die Behauptung, das Attentat des pp. Höbel auf den deutschen Kaiser habe irgend welchen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie, für einen Vorwand zu dem Zwecke, um die Reaktion zu rechtfertigen.“

St. Johann, den 16. Juni. Ich will Ihnen die letzten Ereignisse von hier mittheilen. Genosse Meßner aus Burbach ist bereits seit vierzehn Tagen in Untersuchungshaft angeblich wegen Majestätsbeleidigung. Bis jetzt konnten wir noch nichts Bestimmtes darüber erfahren. Am Freitag Abend wurde Genosse C. Pabst in Saarbrücken verhaftet, laut Verhaftungsbefehl wegen Hochverrath. Bei allen Personen, die auch nur im Geruche der Sozialdemokratie stehen, wurde Hausdurchsuchung gehalten. Wir haben sie alle Broschüren mitgenommen und bis jetzt noch nicht wieder zurückerstattet. Diese Woche ließ mich auch ein gewisser Jemand rufen und erklärte mir unter dem Versprechen der Verschwiegenheit, daß man auf mich sahnd; er rief mich, ich solle mir anderswo eine Existenz gründen, indem dieselbe hier ja doch für mich verloren wäre. Durch die beiden Attentate sind die Leute infolge der Heftigkeit in den liberalen Schandblättern so erregt, daß man jedes Zusammenkommen mit einem Reichstreuen vermeiden muß, um nicht in unliebsame Ereignisse verwickelt zu werden. Dem Genossen Struttmann sind sie auch überall auf den Fersen, und treiben die „Herren“ Gegner es an Unerschämtheit bis aufs Aeußerste, sie schaden zu dem Vermietter, bei dem Struttmann die Wohnung hat und lassen ihm sagen, er solle Struttmann doch ermitteln, sie würden schon dafür sorgen, daß derselbe dann keine andere Wohnung mehr bekomme. Struttmann hat nun Klage erhoben — obs ihm etwas hilft; er ist ja Sozialdemokrat. — a —

Wesme, 7. Juni. Ich muß Ihnen mittheilen, daß auch hier vollständig Belagerungszustand herrscht und daß innerhalb acht Tagen sich hier durch die confusen und nichtswürdigen Kerle Höbel und Nobiling die Reaktionsfeuchte epidemisch verbreitet hat. Diese Königsmörder haben überall Freiheitsmörder erzeugt. — Wir beabsichtigten auf den zweiten Pfingsttag eine Wählerversammlung bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahl abzuhalten, in der unser Candidat Feid aus Bremen das Referat übernehmen sollte. Aber unsere Gegner sind nicht allein bei den hiesigen Wirthen, sondern auch in der Umgegend gewesen, damit dieselben uns ihre Vokale nicht hergeben sollten, was ihnen auch gelang. Auch die Fabrikanten üben den größten Druck auf die Arbeiter, denen sie das Halten sozialistischer Zeitungen und den Besuch von Versammlungen bei Strafe der Entlassung untersagen.

Dortmund, 10. Juni. In der allgemeinen politischen Gehirnerweichung, von welcher die Deutschen gegenwärtig, wie von einer bösen Seuche, befallen sind, erklingen die Worte eines vernünftigen Antisozialisten doppelt gut. So schreibt man von hier der „Berliner Volkszeitung“, daß unter den Maßregeln, die an den verschiedensten Orten gegen die Sozialdemokraten ergriffen oder wenigstens beabsichtigt werden, sich zahlreiche befinden, die sich nur dadurch erklären lassen, daß bei ihren Veranstellungen auch jede Spur politischer Toleranz fehlt. Die Nachricht, daß einzelne Tabakfabrikanten ihren Arbeitern mit Kündigung gedroht haben, wenn sie weiterhin der sozialistischen Partei angehören oder sozialistische Zeitungen lesen würden, hat bereits die Kunde durch alle Blätter gemacht. In den letzten Tagen haben sechs Hagener Firmen beim Vereine zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen den Antrag auf sofortige Einberufung einer Generalversammlung dieses Vereins gestellt, die sich mit der Frage eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie beschäftigen soll. Als Mittel ist in dem Antragsschreiben die Entlassung aller Beamten und Arbeiter in Anregung gebracht, die sich an Versammlungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie betheiligen oder deren Schriften lesen oder Geldunterstützungen gewähren. Wie die „Dortmunder Zeitung“ in Erfahrung gebracht haben will, soll sogar beabsichtigt werden, eine internationale Vereinigung behufs Nichtbeschäftigung von Sozialisten anzubahnen. Wenn dem so ist, werden hoffentlich die nichtdeutschen Fabrikbesitzer einen derartigen Vorschlag einfach zurückweisen. Durch solche Maßregeln erreicht man gar nichts, als eine unnötige Verbitterung auch unter den nichtsozialistischen Arbeitern, die es unbedingt als einen Schimpf ansehen werden, daß man ihnen ihre politische Gesinnung vorschreiben will. Eine große Anzahl von Arbeitern wird vielleicht, um ihr Brod nicht zu verlieren, aus den sozialistischen Vereinen austreten, aber nur, um im Geheimen desto thätiger für die Partei zu sein. Bedauerlich ist es, daß fast keine „liberale“ Zeitung der hiesigen Gegend über die geplante Maßregel ein Wort der Entrüstung hat.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:

- „Augsburger Volkswille“, erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
- „Berliner Freie Presse“, erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrierten Gratisbeilage die „Neue Welt“, in Berlin. Preis vierteljährlich 4 M.
- „Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal in Braunschweig. Preis pr. Quartal 2 M.
- „Bremer Freie Zeitung“, erscheint wöchentlich sechs Mal. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.
- „Bergische Volksstimme“, erscheint wöchentlich sechs Mal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.
- „Chemnitzer Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechs Mal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.
- „Coburger Volksfreund“, erscheint in Coburg.
- „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechs Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
- „Cölnener Freie Presse“, erscheint wöchentlich 1 Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.
- „Dresdner Volkszeitung“, erscheint wöchentlich dreimal in Dresden. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
- „Die Wahrheit“, erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.
- „Die Fackel“, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

- „Die neue Gesellschaft“, monatlich einmal in Zürich; Preis pr. Quartal 3 M.
- „Die Neue Welt“, illustriertes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., in Heften (3 Nummern) à 30 Pf.
- „Die Rundschau“, Organ für sozialistische Propaganda, erscheint 1 mal monatlich in Hamburg. Preis pr. Quartal 60 Pf.
- „Die Wage“, Wochenblatt für Politik und Literatur. Herausgegeben von Dr. Guido Beiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis vierteljährlich 4 M. 50 Pf.
- „Die Zukunft“, sozialistische Revue, erscheint 2 mal monatlich in Berlin. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
- „Erfurter Volksblatt“, erscheint dreimal wöchentlich in Erfurt. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
- „Eisener Freie Zeitung“, erscheint wöchentlich dreimal in Essen. Preis 1 M. 50 Pf. pr. Quartal.
- „Erzgebirg. Freie Presse“, erscheint dreimal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.
- „Glauchauer Nachrichten“, Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechs Mal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
- „Großsch.-Pegauer Volksblatt“, erscheint 2 mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 90 Pf.
- „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, erscheint 3 mal wöchentlich in Hamburg. Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.
- „Halberstädter Freie Presse“, erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.
- „Heißisches Volksblatt“, erscheint 2 mal wöchentlich in Cassel. Preis pr. Quartal 1 M. 20 Pf.
- „Königsberger Freie Presse“, erscheint wöchentlich einmal in Königsberg i. Pr. Preis pr. Quart. 1,50.
- „Magdeburger Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechs Mal in Magdeburg. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.
- „Medienburg-Pommerscher Arbeiterfreund“, erscheint in Rostock wöchentlich zweimal. Preis pr. Quartal 1,50.
- „Rudolstädter Volksfreund“, erscheint 2 mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“, erscheint in Nürnberg wöchentlich sechs Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 95 Pf.
- „Niederheinische Volksstimme“, einmal wöchentlich in Crefeld zu 85 Pf. vierteljährlich.
- „Neue Offenbacher Zeitung“, erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.
- „Ostbairisches Volksblatt“, erscheint wöchentlich dreimal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.
- „Pfalzisch-Badisches Volksblatt“, erscheint wöchentlich 1 mal in Mannheim. Preis pr. Quartal 75 Pf.
- „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, erscheint dreimal wöchentlich in Kiel. Preis pro Quart. 2 M.
- „Süddeutsche Volkszeitung“, erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.
- „Solinger Freie Presse“, erscheint 2 mal wöchentlich.
- „Thüringer Freie Presse“, Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint dreimal wöchentlich in Gotha. Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pf.
- „Volksfreund für den 15. sächs. Wahlkreis“, erscheint wöchentlich einmal in Chemnitz. Preis per Quart. 60 Pf.
- „Volksfreund“, Organ für das Maingau und die Wetterau. Erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr. Quartal 2 M.
- „Volksfreund“, erscheint in Callenberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Voigtländische Freie Presse“, erscheint wöchentlich 2 mal in Reichenbach. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Volksblatt“ für das Herzogthum Altenburg, erscheint 2 mal wöchentlich. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Volksblatt“ für Vorna, Frohburg, Laußig und Umgebung, erscheint wöchentlich 2 mal. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Westfälische Freie Presse“, erscheint wöchentlich 2 mal in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.
- „Wilhelmshafener Volksblatt“, erscheint wöchentlich 2 mal in Wilhelmshafen.
- „Würzburger Volksfreund“, erscheint wöchentlich zweimal in Würzburg. Preis vierteljährlich 1 M.
- „Zeitgeist“, erscheint in München wöchentlich sechs Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.
- „Zeiger Volksfreund“, erscheint wöchentlich 2 mal. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Arbeiterfreund“, erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. öfr. = 1 M.
- „Arbeiter-Wochenchronik“, Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. öfr. = 1 M. 20 Pf.
- „Arbeiterzeitung“, erscheint dreimal wöchentlich in Chicago.
- „Der Arbeiter von Ohio“, erscheint in Cincinnati (Amerika) wöchentlich 1 mal.
- „Der Sozialist“, erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.
- „Die Tagewacht“, Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.
- „Der Sozialist“, Central-Organ der sozialdemokr. Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint wöchentlich einmal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Kr. = 1 M. 60 Pf.
- „New-Yorker Volkszeitung“, erscheint täglich in New-York.
- „Ohio Volkszeitung“, erscheint täglich in Cincinnati.
- „Sozialpolitische Rundschau“, Monatschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Erscheint monatlich 1 Mal in Reichenberg.
- „Tageblatt“, erscheint täglich in Philadelphia.
- „Volksstimme des Westens“, erscheint täglich in St. Louis (Amerika). Preis pr. Quart. 2 Doll. 50 Cent.
- „Volkszeitung“, erscheint täglich in Chicago (Amerika).
- „Vorboten“, Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.
- „Allgemeine Buchbinderzeitung“, Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M.
- „Allgemeine Tapezirerzeitung“, Organ der Tapezirer und Fachgenossen. Erscheint alle 14 Tage in Berlin. Preis pr. Quartal 50 Pf.
- „Ambos“, Organ der Schmiede, erscheint wöchentlich 1 mal in Berlin.
- „Correspondent“, Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pf.
- „Der Botenbote“, Organ für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet vierteljährlich 50 Pf.

- „Der Fortschritt“, Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend in Leipzig. Preis pr. Quartal 50 Pf.
- „Die Kappe“, Organ der Maler, Lackirer und Vergolder, erscheint monatlich zweimal in Leipzig. Preis pr. Quart. 80 Pf.
- „Der Genossenschaftler“, Organ des Gewerksvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw.-Osmund. Preis pr. Quartal 1 M.
- „Der Gewerkschafter“, Organ für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs. Erscheint monatlich zweimal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Pf.
- „Der Weber“, Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis vierteljährlich 50 Pf.
- „Das Panier“, Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.
- „Der Correspondent“, Organ der Hutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.
- „Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis vierteljährlich 45 Pf.
- „Pionier“, Central-Organ der Gewerkschaften Deutschlands und der eingeschriebenen Hilfs-(kranken- und Sterbe-)Kassen. Erscheint wöchentlich einmal in Hamburg. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
- „Sennfelder Bund“, erscheint einmal wöchentlich in Nürnberg.

Au sämtliche Parteigenossen in der Corporation der Glaser!

Collegen! Die Euch Allen bekannt ist, vernichtet heutzutage das Großkapital mehr und mehr die handwerksmäßige Kleinproduktion, namentlich auch im Bauhandwerk (speziell in unserm Geschäft). Aus diesem Grunde haben sich einige Collegen entschlossen, Schritte zu thun, um mit Eurer Hilfe und Unterstützung eine Produktionsgenossenschaft der Glaser zu gründen. Denn nur vereinte Kraft führt zum Ziele. Als Ort hierzu haben wir eine größere Stadt der Rheinpfalz in Aussicht genommen. Diese letztere hätte folgende Vorzüge für uns für unsern Zweck. Erstens Centralpunkt der Eisenbahn, dann wohlfeile Beschaffung von Rohmaterial und Räumlichkeiten, sowie industrielle Umgebung und andererseits angeknüpfte günstige Verbindungen u. s. w. Auf vorstehendes Bezug nehmend, laden wir nun hiermit tüchtige, überzeugungstreue Collegen ein sich mit uns schriftlich oder mündlich unter folgender Adresse in Verbindung zu setzen:

Redaktion des „Pfalzisch-Badischen Volksblattes“,
Mannheim a. Rh. J. 5. 16.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Der Gesangverein „Frühlingsglaube“ in Darmstadt hat die Genehmigung zur Abhaltung eines Sängersfestes bis jetzt nicht erhalten und nimmt in Folge dessen von der Abhaltung des Festes Abstand. Der Ausschuss des Bundes hat deshalb beschlossen — wegen bedeutender Kostenerparnis — für dieses Jahr die Generalversammlung am 6. Juli, Abends 7 Uhr, in Gotha, in Hartmanns Restauration, Dammweg 21 abzuhalten.

Der Ausschuss fordert die Gesangvereine nochmals auf, sich in der Generalversammlung durch Delegationen zahlreich vertreten zu lassen, da verschiedene wichtige Anträge z. B. die Gründung eines selbstständigen Organs vorliegen.

Die Delegirten werden ersucht, sofort nach der Wahl sich beim Unterzeichneten anzumelden.
Gotha, 19. Juni 1878.

Der Ausschuss.

Emil Sauersteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. St. in Mainz: Ihr Artikel über die Gesundheitsfrage wird noch verwendet. Derselbe eilt aber nicht so; Sie müssen doch sehen, daß wir jetzt brennendere Fragen zu behandeln haben. — J. R. in Linde: Sie können auf die Notiz nicht klagen. — Mehrere größere Arbeiten von B. und L. in Berlin und aus dem Elsaß mußten mangels halber bis jetzt zurückbleiben; dieselben werden in nächster Zeit gebracht werden.

Wahlfonds.

Bon Satz hier 0,50; d. Satz hier 0,84; Freiw. Beitr. beim Sommerfest der Schneider d. C. 15,80.

Berichtigung. In der Annonce in Nr. 72 von J. Wigka in Wülheim a. Rh. hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, indem die Ortsbezeichnung nicht Wülheim a. d. R. sondern Wülheim am Rhein sein soll.

Aufforderung.

Einer unserer Parteigenossen ersucht ältere, erfahrene Leute aller Gewerke, welche den jetzt allmählich in Vergessenheit kommenden „Handwerksbrauch“ der einschlägigen Ceremonien, Grüße, Redewendungen u. dgl. gut kennen, von dem, was sie davon wissen, wahrheitsgetreu und zuverlässig Mittheilungen an die Redaktion des „Vorwärts“ gelangen zu lassen. Die Genossen würden demselben, welcher diese Beiträge wissenschaftlich verarbeitet und nutzbar machen will, einen großen Gefallen thun und so thätig mithelfen bei der Erforschung geschichtlicher Lebensformen aus dem Leben der Arbeiter, welche Kenntnis ja ein so wichtiges Kapitel aus dem Wissen vom Volkstheben bildet. Wir ersuchen die Parteigenossen also freundlichst, in diesem Sinne zu helfen.

Ein gewisser Seidenschwanz, Zimmermann aus Niedereulenbach in Bayern, macht es sich seit einiger Zeit zur Aufgabe die Parteigenossen an den verschiedensten Orten zu besuchen. Dieser Mann ist weder Mitglied der Partei, noch einer Gewerkschaft. Er ist etwas geistesgestört und steht wegen seiner Sucht zu prozessiren unter gerichtlicher Curatel. Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts“.

Java-Tabak 100—210, Palmyra 130, Carmen 100, Domingo 40—80, Seedleaf 45—62, Brasil 65—120, Ungar. 38 Pf. (4a) 1,20
C. J. Heymann, Niederstraße 120 Hamburg.

Wahlagitationsnummer!

Ende dieser Woche wird eine Agitationsnummer für die Reichstagswahl erscheinen.

Diese Nummer wird enthalten:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
 2. Wahlartikel.
 3. Unsere Prinzipien.
 4. Rückblicke auf den aufgelösten Reichstag.
 5. Wahlgesetz und Wahlreglement.
- Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto.
Verandt nur gegen baar oder Postvorschuß.
Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Fürberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Central-Verlagsbuchdruckerei in Leipzig.